

durch Reiseerleichterungen und andere Anreize zu verstärkten Devisenüberweisungen und Investitionen in China zu bewegen, erwies sich aber wohl als trügerisch. Die Doktrin der strikten Nichteinmischung in die Angelegenheiten anderer Länder führt im übrigen dazu, daß China selbst bei Übergriffen gegen dort lebende Chinesen oft nur mit – zurückhaltenden – verbalen Protesten reagiert. Auf den Export seiner Revolution vermittels der Auslandschinesen („5. Kolonne“) hat China verzichtet, seit die kommunistischen Bewegungen in Südostasien in den letzten Jahrzehnten erhebliche Rückschläge erlitten haben.

Derzeit erhält nur die KP in *Burma* eine nennenswerte, wenngleich gegenüber früher erheblich reduzierte materielle Unterstützung. Die burmesische KP steuert nicht nur einen pro-chinesischen Kurs, sondern kann sich auch als einzige KP Südostasiens in gewissem Maße auf eine chinesische Minderheit (in Ostburma) stützen. Ihre 12 000 Soldaten sind allerdings zeitweilig mehr im Drogenhandel und Warenschmuggel engagiert, wovon China durchaus profitiert.

Die thailändische KP mit ihren vielleicht noch 4000 Soldaten ist dagegen in drei feindliche Gruppierungen zerfallen. In den Führungsgremien des pro-chinesischen Flügels dominieren zwar Thais chinesischer Herkunft, doch ist ihr Rückhalt unter den Thais selbst, auch jenen chinesischer Abstammung, recht gering. Die pro-sowje-

tische und die pro-vietnamesische Fraktion werden im übrigen von Thais geführt.

Die KP Malaysias hat etwa 3000 Mitglieder (zumeist Chinesen), doch sie operiert hauptsächlich von Thailand aus, seit sie unter den malaysischen Chinesen nur noch eine geringe Zahl von Sympathisanten hat. Außerdem ist auch sie in zwei Flügel gespalten, von denen nur einer für China votiert. Die indonesische KP führt in ihrem Peking Exil schon lange nur mehr ein Schattendasein, und die KP der Philippinen hat ihre Kontakte zu China sogar weitgehend abgebrochen. Selbst wenn die kommunistischen Parteien Südostasiens ihre Tätigkeit wieder verstärken sollten, dann kaum als Repräsentanten Chinas oder gar der im Ausland lebenden Chinesen.

Die chinesischen Minderheiten bilden in den Staaten Südostasiens einen wichtigen, aus dem politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Leben kaum mehr wegzu-denkenden Faktor. In ihrer exponierten Lage wurden sie in der Vergangenheit leider oft genug Opfer eines irrationalen Fremdenhasses, der allerdings meist mehr ein Symptom der allgemeinen Unzufriedenheit mit gesellschaftlichen Verhältnissen war. Eine allmähliche weitere Integrierung der Chinesen in ihre jeweilige Umgebung, möglichst unter Wahrung ihrer kulturellen Identität, könnte dazu dienen, derartiges in Zukunft zu verhindern. Sie wäre um so notwendiger, als sowohl China wie auch Taiwan an ihrem Schicksal nur bedingt interessiert scheinen.

Peter Drews

UNCTAD und die Kirchen

Eine Stellungnahme aus aktuellem Anlaß

Die Konferenz der Vereinten Nationen für Handel und Entwicklung (UNCTAD), die im Juni 1983 in Belgrad – zum 6. Mal seit 1972 – stattfand, hat die Frage nach der Zweckmäßigkeit solcher Veranstaltungen aufgeworfen. Die christlichen Kirchen, in der Gemeinsamen Konferenz Kirche und Entwicklung (GKKE) entwicklungspolitisch engagiert, hielten bisher die UNCTAD für wichtig genug, um seit 1972 jeweils aus Anlaß dieser Konferenz entwicklungspolitische Memoranden abzugeben bzw. mit anderen nichtstaatlichen Organisationen zu einem Symposium „Gemeinsam aus der Krise“ (vgl. HK, Juni 1983, 285) einzuladen. Die Belgrader Konferenz liegt bereits einige Monate zurück. Im Bericht der Herder-Korrespondenz über Erwartungen und Ergebnisse von UNCTAD VI (September 1983, 396) wurde u. a. auch die Frage gestellt, ob durch UNCTAD VI die Arbeit der Nichtregierungsorganisationen „entwicklungspolitisch aufgewertet“ wurde. Weiterhin wurde die These vertreten, je schlechter die Situation in den Entwicklungsländern wird und je weniger „hilfsbereit“ die Industrie-Staaten sind, desto höher würde der Wert der privaten Hilfe ansteigen. Dazu hat uns Hildegard Rapin vom Katholischen Arbeitskreis Entwicklung und Frieden in Bonn einen Beitrag zur Verfügung gestellt, indem sie eine grundsätzliche Klärung versucht.

Die Hilfe der nichtstaatlichen Organisationen (NRO; u. a. Kirchen) ist in mehreren „Gefahren“: Alibi für fehlende Entwicklungspolitik zu sein, auf Armutshilfe in den am wenigsten entwickelten Ländern beschränkt zu werden – oder: überfordert zu werden! Ohne staatliche und gesellschaftliche Rahmenbedingungen, die Selbsthilfe im Sinne von Veränderungen von Strukturen und Beteiligung der Unterprivilegierten zulassen, bleibt die Projekt-/Programmhilfe von NRO punktuell.

Eine „Aufwertung“ der privaten Hilfe – im o. g. Sinne – ist zu einem guten Teil auch davon abhängig, welche Konsequenzen nichtstaatliche Organisationen generell aus weltweiten Konferenzen für ihr eigenes Selbstverständnis sowie für ihre Aktivitäten ziehen; inwieweit es ihnen gelingt, die politische und moralisch-ethische Herausforderung der Konferenzthematik und der Konferenzergebnisse in ihren eigenen Ländern deutlich zu machen. Das Ziel muß sein, die Rahmenbedingungen ihrer Arbeit so zu beeinflussen, daß ein sich selbst tragender Entwicklungsprozeß in den Entwicklungsländern erreicht und gleichzeitig auch in der eigenen Gesellschaft eine kritische Reflexion der Verursachung von „Unterentwicklung“ eingeleitet wird.

„Ja“ zu UNCTAD-Konferenzen

Es vergeht keine UNCTAD-Konferenz, ohne daß nicht auch auf der Tagesordnung die Frage nach den *Aufgaben, Kompetenzen und Abgrenzungen* dieser Institution gegenüber anderen internationalen Einrichtungen steht („institutional matters“). Dies ist für eine Organisation, die gegen den Widerstand einiger – wirtschaftlich und politisch starker – Mitgliedsländer geschaffen wurde, nicht verwunderlich.

Auch in den NRO und in den Kirchen wird die Frage lauter und drängender, ob sie ihre Kräfte nicht an eine Institution und an ein Konferenzereignis binden, das der Mühe nicht wert ist. Was sind die Kriterien für das Gefühl „der Mühe nicht wert“? Sicher können sie in den zu hohen Erwartungen und Anforderungen an eine internationale Konferenz mit über 160 Ländern und mehreren Tausend Delegierten gründen. Wichtiger scheint jedoch die *Einstellung von Politik und Medien* zu sein.

Für die Politik westlicher Industrieländer ist schlichtweg zu sagen, daß sie diese Konferenz realpolitisch nicht hoch werten (wohl in offiziellen Deklamationen); sie vertrauen und setzen auf jene Institutionen, in denen sie die Mehrheit der Stimmen haben. Der politische Wille, zu Veränderungen in den internationalen Wirtschaftsbeziehungen zu kommen, fehlt weitgehend. Ihre Strategie ist auf „Besitzstandserhaltung“ ausgerichtet. Das kurzfristige Interesse der politisch Verantwortlichen ist die Wiederwahl, und diese bedingt einen Leistungsnachweis gegenüber dem Bürger im eigenen Land. Und wer gibt schon gerne ab bzw. wer betrachtet es als Gewinn, wenn er fortan international teilen/abgeben soll?

In diesem Zusammenhang ist es nachvollziehbar, daß die Bedeutung der Konferenz und ihre realen Chancen, Anstöße für Veränderungen zu geben, möglichst gering gesehen und gewollt werden. „Es überwiegen die Kritik an ihnen (den internationalen Institutionen) und die Hervorhebung von Schwächen im System, ohne hierbei ausreichend zu würdigen, daß diese Organisationen nicht im luftleeren Raum operieren, sondern immer nur so gut sein können, wie die dafür letztlich verantwortlichen Mitgliedsstaaten sie machen (vgl.: *Fritz Fischer* „Rituale, Resolutionen und Frustrationen“ in: Vereinte Nationen, Bonn, August 1983, S. 117).

Es ist sicher keine angemessene Reaktion für NRO – insbesondere der Kirchen –, sich diesem Chor der Kritiker ungeprüft anzuschließen. Sie sollen zuerst einmal fragen, ob es reale Notwendigkeiten für eine solche Konferenz gibt; warum sie nicht das leisten konnte, was von ihr erwartet worden ist, und ob alles von den Kirchen getan wurde, der Konferenz mehr Erfolg zu ermöglichen. So erklärte der Leiter der Delegation des Hl. Stuhles vor der Vollversammlung bereits 1972 auf UNCTAD III: „Wir meinen sogar, daß der UNCTAD reichlichere Mittel und weiter gefaßte Zuständigkeiten gegeben werden sollten, um die Effizienz ihrer Arbeit zu erhöhen; und wir glauben, daß sie ein Ort sein soll, an dem sich ein Bewußtsein einer gemeinsamen Verantwortung für die Zukunft der

Völker und ihre Befreiung von verschiedenen Formen der Armut und der Entfremdung bilden sollte“ (vgl. *Eric Sottas*, „Eine Politik für die Entwicklung“, KAEF-DOK 21/83, S. 9). Die Notwendigkeit, sich der gemeinsamen Verantwortung für die Zukunft der Völker bewußt zu sein und zu gemeinsamem Handeln zu finden, ist größer denn je.

Die Gemeinsamkeit in der Chance des Überlebens aller Staaten zeigt sich u. a., wenn die Daten wechselseitiger ökonomischer Verflechtungen herangezogen werden. Leider ist damit nicht zugleich auch die Gemeinsamkeit der Interessen für alle offensichtlich. Jedoch, nur die Erkenntnis gemeinsamer Interessen kann zu koordiniertem und aufeinander bezogenem Handeln führen. „Interdependenz“ wird – insbesondere von den Industrieländern – so verstanden, daß es lediglich einer ökonomischen Belebung in den industrialisierten Ländern bedarf, um eine wirtschaftliche Erholung in den Ländern der Dritten Welt zu erreichen. Diese Strategie, die allein Maßnahmen zur Wiederbelebung in den Industrieländern fordert, sehen Entwicklungsländer nicht als im gemeinsamen Interesse liegend an. Erst wenn der wirtschaftliche Faktor der Entwicklungsländer in der Weltökonomie voll anerkannt wird, kann eine Definition „gemeinsamer Interessen“ möglich und „gemeinsames Handeln“ erreicht werden.

Das Schlagwort „Interdependenz“ wird bereits seit UNCTAD V (Manila 1979) in der Öffentlichkeit diskutiert. Die weltwirtschaftlich prekäre Situation zur Zeit von UNCTAD VI – 1983 – gibt diesem Begriff jedoch eine *neue Qualität*. Die Rezession ist weltweit; kein Land ist ohne große wirtschaftliche Schwierigkeiten. Die Bedeutung der Entwicklungsländer in der Weltwirtschaft zeigt sich u. a. in zwei Fakten: Sie erbringen 20% der Weltproduktion und haben einen Anteil von 30% des Welthandels. Das gegenseitige Aufeinander-Angewiesen-Sein läßt sich mit diesen Daten und Fakten aus dem Bereich „Handel und Entwicklung“ somit eindeutig belegen. Eine Konferenz über die bestimmenden Faktoren der Weltwirtschaft und über wirtschaftspolitische Strategien, an der alle Staaten gleichberechtigt teilnehmen können, erscheint allein schon aus diesem Grunde notwendig. Die Weltgemeinschaft kann es sich nicht mehr leisten, eine ausschließlich auf nationale Interessen ausgerichtete Politik zu betreiben.

Das „Ja“ zu UNCTAD bedeutet: „Ja“ zu einem Nord-Süd-Dialog über die Fragen von „Handel und Entwicklung“; „ja“ zu einem ernsthaft geführten Gespräch mit dem Ziel, zu einem fairen Interessenausgleich der Beteiligten zu kommen und gemeinsam Strategien zur Bewältigung der ökonomischen Probleme anzuwenden.

„Nein“ zum Konferenzstil

Nicht nur die Ergebnisse der UNCTAD werden allgemein als unbefriedigend empfunden, sondern auch das *Konferenzverfahren* wird kritisiert. Somit kann nicht allein der fehlende politische Wille der „Reichen“ und die (zu)

hohen Erwartungen der „Armen“ für die Frustration zitiert werden. Der Verhandlungsmechanismus an sich wirkt hemmend auf den Fortschritt. Als entscheidende Elemente sind zu nennen: die Verhandlungsdauer und der -ablauf, die Verhandlungsstrategien, das Gruppensystem, das Selbstverständnis des UNCTAD-Sekretariats.

Vier geplante Konferenzwochen – in der Regel mit einer eingeplanten Verlängerung von ein bis zwei Tagen – verlangen von den einzelnen Delegierten wie auch von den Delegationen Geduld, Nerven und Durchstehvermögen. Die Organisation sieht folgende Konferenzabschnitte vor:

- die großen Reden der Minister/Delegationsleiter aller Länder zu Anfang der Konferenz. Ca. 10 Tage lang tragen Politiker Referate zum Thema der Konferenz vor, deren Einzelfragen und Schwerpunkte dem jeweiligen Vortragenden überlassen bleiben. Dies führt zu entwicklungspolitischen Leerformeln, Propagandareden und auch zum Ausklammern von Problemen.
- die danach folgenden Verhandlungen hinter verschlossenen Türen in Arbeitsgruppen und Kommissionen. Die Ergebnisse werden im Plenum verabschiedet.
- die Einmündung der Konferenz in eine „Sackgasse“ (die Dialogpartner verbeißen sich). Die gegen Ende wieder angereisten Politiker haben dann die Möglichkeit, den „entscheidenden Durchbruch“ zu erreichen.

Die Verhandlungsstrategien der Ländergruppe werden von innenpolitischen Beschränkungen in den einzelnen Mitgliedsländern geprägt. So führen Schwierigkeiten in den Industrieländern (Budget, Wahlen, Wirtschaftsverfassungen) zu einer „Risiko-Aversion“ ihrer Experten. „Sie verharren meist auf dem ‚Status quo‘. Die Folge ist eine *defensive Strategie des Nordens* und eine *offensive Strategie des Südens*“ (vgl. Michael Bohnet: „Wie können Nord-Süd-Verhandlungen ergiebiger werden?“ in E+Z, 6/83, S. 6).

Das System der Ländergruppen („Gruppe der 77“ Entwicklungsländer, „Gruppe B“ westliche Industrieländer, „Gruppe D“ sozialistische Industrieländer und China) bedingt ein mehrfach gestaffeltes Entscheidungssystem. Die Intra-Gruppenverhandlungen erfordern viel Zeit und verdrängen die eigentlichen Gespräche zwischen den einzelnen Gruppen. Verhandlungsinhalt zwischen den Gruppen ist somit tendenziell ein umfassendes Forderungspaket auf der einen Seite und ein „Angebot auf dem kleinsten gemeinsamen Nenner“ auf der anderen Seite.

Da die „Gruppe der 77“ keinen organisatorischen Unterbau hat – die „Gruppe B“ hat diesen in der OECD –, hat sich das UNCTAD-Sekretariat in der Vergangenheit verpflichtet gefühlt, Konferenzvorbereitungen der Länder des Südens mitzutragen und in seiner Arbeit im wesentlichen deren Interessen zu vertreten. Diese „Parteinahme“ hat sowohl dem Ansehen des UNCTAD-Sekretariats als auch der Konferenz insgesamt geschadet.

Es ist daher zu fragen, inwieweit die meist unbefriedigenden Ergebnisse der Konferenz darauf zurückzuführen sind, daß sie unter den Bedingungen der geschilderten

Mechanismen zustande kommen. Überlegungen zur Neuorganisation liegen vor (vgl. Michael Bohnet, a. a. O., S. 6–8). Durch die berechtigte Kritik am Konferenzstil sollten sich die Kirchen nicht davon abhalten lassen, die UNCTAD als eine wichtige Konferenz im Nord-Süd-Dialog zu sehen und zu nutzen.

UNCTAD und die innenpolitische Diskussion

Eine Studie über Verhandlungsstrategie und Technik der UN-Konferenzen kommt zum Ergebnis, daß ihre Resultate keineswegs von der allgemeinen Weltlage, den regionalen Krisenherden und Konfliktfeldern beeinflusst werden. Vielmehr sind es die *innenpolitischen Beschränkungen in den einzelnen Mitgliedsländern* (Budgetbeschränkungen, Wahlen, Wirtschaftsverfassungen) (The North-South Dialogue, Making it Work, Report by a Commonwealth Group of Experts, London 1982, zitiert nach: M. Bohnet, a. a. O. S. 6f). Die Analyse der gesellschaftlichen und politischen Diskussion zu UNCTAD muß somit zur Erklärung und Interpretation des Konferenzgeschehens wie der Ergebnisse herangezogen werden. Diese Analyse ist auch im Hinblick auf die schon zitierte Aussage interessant, „... daß diese Organisationen nicht im luftleeren Raum operieren, sondern immer nur so gut sein können, wie die dafür letztlich verantwortlichen Mitgliedsstaaten sie machen“ (vgl.: F. Fischer, a. a. O., S. 114f).

Die *politische* Meinungsbildung zu UNCTAD VI in der Bundesrepublik Deutschland spiegelt sich in den entsprechenden Anträgen der Parteien und in der Debatte im Deutschen Bundestag wider. Das gilt auch für die Position der Europäischen Gemeinschaft; die Federführung der Vorbereitung lag bei der Bundesregierung, da sie zur Konferenzzeit die Präsidentschaft der EG innehatte. Was dabei von deutscher Seite an „Fortschrittlichem“ beigetragen wurde, ist nicht feststellbar.

Allein schon aus zwei Fakten kann der relativ niedrige Stellenwert, den die Politiker der UNCTAD-Konferenz beimessen, erkannt werden. Die UNCTAD-Anträge der Fraktion der SPD (vgl.: Deutscher Bundestag – 10. Wahlperiode, Drucksache 10/118) und der Fraktionen der CDU/CSU und FDP (vgl.: Deutscher Bundestag – 10. Wahlperiode, Drucksache 10/118) sind datiert vom 8. bzw. 9. Juni 1983, als die Konferenz bereits begonnen hatte. Die Bundestagsdebatte fand am 23. Juni 1983 statt. Der entwicklungspolitisch interessierte Staatsbürger mag sich fragen, warum erst dann im Parlament über die einzige Konferenz des Nord-Süd-Dialogs im Jahre 1983 debattiert wird, wenn Regierungsvertreter schon 16 Tage auf eben dieser zur Debatte stehenden Konferenz verhandeln?

Welchen Sinn hat es, Anträge nach gut zwei Wochen im alten Wortlaut unverändert zu verabschieden? Diese reagieren nicht auf den Verhandlungsprozeß und können kaum noch als „Voraussetzungen“ angesehen werden,

„die Konferenz zum Erfolg zu führen“. Sie sind damit nicht mehr als eine politische Pflichtübung; denn in Belgrad wurde zwei Wochen ohne diese Voraussetzung verhandelt. Auch drängt sich die Frage auf, warum die Regierung die Debatte über UNCTAD VI zu einer entwicklungspolitischen Leistungsschau umfunktionierte. Eine auf Unterstützung der Verhandlungen durch das Parlament interessierte Regierung hätte wahrscheinlich früher und offensiv die Problematik der Konferenz zur Diskussion gestellt!

Nichtregierungsorganisationen (NRO) gehören inzwischen zum festen Erscheinungsbild nationaler und internationaler Konferenzen der Entwicklungspolitik. Mit ihren Äußerungen wollen sie den Meinungs- und Willensbildungsprozeß der offiziellen Verhandlungspartner beeinflussen. Ihr Inhalt wird davon bestimmt, ob diese direkt mit dem Ziel der Wahrnehmung eigener Interessen oder der Interessenvertretung „Dritter“ (der Armen in den Entwicklungsländern) erfolgen. Erklärungen zu UNCTAD VI haben Interessenvertretungen der Industrie und der Gewerkschaften ebenso wie die Kirchen abgegeben.

Die „nationalen“ Interessen und die Position der Kirchen

Als ein Beispiel aus den Interessengremien der Industrie sei hier kurz auf das Papier der „Arbeitsgemeinschaft Entwicklungsländer“ hingewiesen. (Darin sind vertreten: Bundesverband der Deutschen Industrie e. V., Deutscher Industrie- und Handelstag, Bundesverband deutscher Banken, Bundesverband des Deutschen Groß- und Außenhandels mit dem Bundesverband des Deutschen Einzelhandels e. V., Arbeitsgemeinschaft der Ländervereine.) Auf der Grundlage eines Bekenntnisses zur Marktwirtschaft, zum liberal organisierten Welthandel, zur Privatwirtschaft und zu den bestehenden Organisationen der Wirtschafts- und Finanzordnung (GATT, IWF, Weltbank) werden die meisten der von den Entwicklungsländern genannten Maßnahmen im Bereich Handel, Rohstoffe und Finanzen abgelehnt. Ohne selbst „marktkonforme“ Instrumente zu entwickeln und anzuwenden (siehe: zunehmender Ruf nach protektionistischen Schutz- und Subventionsmaßnahmen), werden die Vorschläge der Länder der Dritten Welt der „Marktkonformität“ geziehen und damit pauschal als wenig hilfreich für die Lösung anstehender Probleme abgetan. Der Tenor des Papiers ist „gegen“; das „Für“ ist ein Denken in alten Kategorien und primär auf die Eigeninteressen der Industrie bezogen.

Die Stellungnahme der „International Confederation of Free Trade Unions“ betont – im Gegensatz zu den Unternehmerverbänden –, daß eine *stärkere Nachfrage aus den Entwicklungsländern* notwendig ist, um die Weltwirtschaft im wünschenswerten Umfang anzukurbeln. Reformen bestehender Regelungen (Finanz- und Währungssystem, Welthandel) seien – so der internationale Bund freier Gewerkschaften – ebenso wie ein höherer Kapitaltransfer

von Nord nach Süd erforderlich; das „Integrierte Rohstoffprogramm“ wird als ein Konzept begrüßt und für die Bewältigung der notwendigen Strukturanpassungen institutionell eigene Vorschläge gemacht: Gespräche zwischen den betroffenen Regierungen, multinationalen Unternehmen und den Gewerkschaften. Alles in allem: ein Papier, das insgesamt weit mehr „Dialog“ und „Angebot“ ist als das erstgenannte.

Die *Kirchen* sind einerseits dem Kreis der NRO zuzurechnen, andererseits nimmt der Vatikan als Vollmitglied seit Bestehen der UNCTAD an den Welthandelskonferenzen teil. Sein Stimmrecht übt der Hl. Stuhl nicht aus; wohl aber spricht er – laut und deutlich – zum Konferenzinhalt. In all seinen Äußerungen – wie auch in den Stellungnahmen nationaler Kirchen bzw. kirchlicher Gremien – stehen die berechtigten Interessen der hungernden Menschen im Mittelpunkt.

Ausgehend von dem christlichen Verständnis von Entwicklung, sind zentrale Aussagen der Kirchen zu UNCTAD: mehr Gerechtigkeit und Gleichberechtigung in den internationalen Beziehungen; Reform der internationalen Wirtschaftsordnung mit dem Ziel, den Interessen der Entwicklungsländer gleichrangig mit denen der Industrieländer Rechnung zu tragen; nationale und internationale Fragen nur unter Berücksichtigung des Gemeinwohls der Weltgesellschaft zu lösen. Einerseits lassen sich diese übergeordneten Ziele zu einem Ausdruck zusammenfassen: Entwicklung ist Voraussetzung für Frieden in der Welt; andererseits sind diese Ziele in der Wirtschaftswirklichkeit in konkrete Maßnahmen umzusetzen: u. a. Stabilisierung der Exporterlöse für Rohstoffe, Öffnung der Märkte der Industrieländer für Produkte aus der Dritten Welt, Verzicht auf protektionistische Maßnahmen in den westlichen Industrieländern.

Diese gezielte Auswahl weniger politischer und gesellschaftlicher Stimmen zur UNCTAD zeigt, daß in diesem Bereich divergierende Auffassungen vertreten werden. Zwischen den Auffassungen der genannten Industrieverbände und der offiziellen Meinung der Bundesregierung und der Europäischen Gemeinschaft sind Übereinstimmungen unübersehbar.

Keine Alternative zum Dialog

Nehmen die Kirchen den Appell von Papst Johannes Paul II. zu UNCTAD VI in der Tat ernst, damit es zu einer „neuen Qualität“ des Nord-Süd-Dialogs kommt? Da es zu diesem Dialog keine Alternative gibt, bleibt für sie eigentlich nur ein klares „Ja“ zu UNCTAD. Damit erhebt sich die Frage, was von den Kirchen getan werden kann und muß, um diesen Dialog zu einem fairen Interessenausgleich für alle Beteiligten werden zu lassen.

Eine zusammenfassende Analyse ergibt: Die Welthandelskonferenzen können ein wichtiges Forum des „Nord-Süd-Dialogs“ sein; Ihr Erfolg/Mißerfolg wird weitgehend von den internen Konferenzmechanismen wie von den nationalen Restriktionen in den einzelnen Teilnehmerländern bestimmt.

Der *Schwerpunkt der kirchlichen Maßnahmen* zur Vorbereitung und Begleitung von UNCTAD-Konferenzen muß demnach an der jeweiligen *nationalen Diskussion* und dem Meinungs- und Willensbildungsprozeß ansetzen. Dies scheint u. a. auch daher angebracht, weil die Stimmen zu schwach sind, „welche die westlichen Industrieländer aufrufen, ihre wahren Interessen zu begreifen, ihren arbeitslosen Industrien Absatzmöglichkeiten im Süden vorzufinanzieren und die Folgen weiterer Destabilisierung in Entwicklungsländern einzukalkulieren“ (vgl.: *Heinrich Dehm*, „UNCTAD VI im Zeichen der Krise“ in: der *Überblick*, 1/83, S. 58).

Bei den UNCTAD-Konferenzen geht es um Handel *und* *Entwicklung*. Die Beobachtung zeigt, daß sich die Diskussion jedoch fast ausschließlich auf die Fragen des internationalen Handels und des Finanztransfers bezieht. „Entwicklung“ wird schlichtweg vergessen! Unausgesprochen liegt die Theorie zugrunde: Entwicklung durch Handel. Gerade die Kirchen haben auf der Grundlage ihrer Erfahrungen in der kirchlichen Entwicklungsarbeit einige kritische Anfragen an diese Priorität „Handel“ und an diese „Entwicklungstheorie“ zu stellen. Entwicklung ist nicht gleichzusetzen mit der Erhöhung einiger makroökonomischer Größen. Dies ist eine notwendige, jedoch keine hinreichende Voraussetzung. Neben den zwei – auch auf UNCTAD-Konferenzen gesehenen – Dimensionen (internationale und nationale Ebene) muß die dritte Dimension mitbedacht werden: die lokale/regionale Ebene bzw. die Beteiligung der breiten Bevölkerung an der Entwicklung (siehe auch: *Th. Dams*, „Gemeinsam aus der Krise“, Bericht über das Symposium zur Situation in der Weltwirtschaft am Vorabend der 6. Konferenz der Vereinten Nationen für Handel und Entwicklung [UNCTAD VI] – Gemeinsame Konferenz Kirche und Entwicklung, S. 57/58). Diese „Dritte Dimension“ ist

Voraussetzung für einen erfolgreichen Kampf gegen den Hunger und die Armut in den Ländern der Dritten Welt. Die Kirchen sollten sich mit großem Engagement dafür einsetzen, daß die „Dritte Dimension“ im Konferenzgeschehen nicht vernachlässigt wird und damit der „offizielle Nord-Süd-Dialog“ auch auf die Nöte der Betroffenen eingeht. Das erfordert die Darstellung und Reflexion von „Entwicklung“, implizit einer kritischen Analyse der Konsequenzen von rein ökonomischen und technokratischen Fragen auf die sog. marginalisierten Gruppen in den Entwicklungsländern.

Weiterer Ansatzpunkt kirchlichen Handelns ist das handlungsorientierte Gespräch mit innergesellschaftlichen Gruppen und politischen Parteien. Die breite Beteiligung vieler Gruppen an entwicklungspolitischen Entscheidungen ist nicht nur legitim, sondern von den Kirchen ausdrücklich gewünscht. Anliegen der Kirche muß es jedoch sein, daß in diesem „Ringens der Interessen“ die berechtigten Interessen der Menschen in der Dritten Welt nicht unter den Tisch fallen. Nicht allein die Teilinteressen wirtschaftlich und politisch starker Gruppen dürfen für die politischen Verhandlungsvorgaben bestimmend sein. Dazu erscheint es notwendig, auch die innerkirchlichen Kräfte (z. B. Verbände, Publizistik) für diese Fragen zu mobilisieren. Leider ist es – trotz aller Anstrengungen in der kirchlichen Bildungsarbeit – noch nicht gelungen, die Erkenntnis zu verankern, daß es zum Dialog zwischen „Nord“ und „Süd“ keine Alternative gibt und daß dieser vom einzelnen Christen mehr fordert als eine Spende: kritische Reflexion über Ursachen und Zusammenhänge von Unterentwicklung/Entwicklung. Die neue Qualität des Dialogs muß sich daher in der Bereitschaft zeigen, Verantwortung für das Gemeinwohl der Weltgesellschaft zu übernehmen und auf die Durchsetzung allein national orientierter Interessen zu verzichten. *Hildegard Rapin*

Kurzinformationen

Am 29. September nahm im Vatikan die sechste Vollversammlung der Bischofssynode ihre Arbeit auf. Nach dem Bericht des Sekretärs der Bischofssynode, Erzbischof *Josef Tomko*, und einem Überblick zur Rezeption von „*Familiaris consortio*“ in der Weltkirche, den der mexikanische Weihbischof *Javier Lozano Barragan* gab, führte der Mailänder Erzbischof, Kardinal *Carlo Maria Martini*, in seiner Eigenschaft als „Relator“ der Synode in das Thema „Versöhnung und Buße im Sendungsauftrag der Kirche“ ein. In seinem Bericht betonte Martini vor allem den unauflöselichen Zusammenhang zwischen dem sakramentalen Dienst der Buße und dem Einsatz zur Überwindung sozialer Spannungen unter den Menschen. Wenn dieser Zusammenhang nicht klar gesehen werde, bestehe die Gefahr, daß die Bedeutung des Bußsakraments nicht richtig erkannt werde. Die Aufgabe der Synode müsse darin bestehen, „die praktische Verbindung zwischen der ethisch wie theologisch verstandenen Sünde und dem Mangel an Versöhnung in der Welt von heute“ wahrzunehmen. In der ersten Arbeitsphase der Synode meldeten sich die Synodenväter mit fast

250 mündlichen oder schriftlichen Einzelbeiträgen zu Wort. Sie ergaben ein breites Panorama der gegenwärtigen Krise des Bußsakraments und ihrer Gründe wie der Aufgaben der Kirche angesichts der unversöhnten Wirklichkeit in den verschiedenen Weltteilen. Dabei blieb keine der theologisch und pastoral strittener Fragen in bezug auf eine Reform der Bußpraxis unerwähnt: Ausweitung der Generalabsolution, Reform des „*Ordo paenitentiae*“, Klärung des Sündenbegriffs. Einiges Aufsehen erregte die Intervention des Präfekten der Glaubenskongregation, Kardinal *Joseph Ratzinger*, der gegenüber solchen Reformforderungen auf der Lehre des Tridentinums und den Aussagen des neuen Kirchenrechts über die Notwendigkeit des Einzelbekenntnisses schwerer Sünden auch nach einer sakramentalen Generalabsolution bestand. In seiner *Zusammenfassung der Plenumsbeiträge*, die gleichzeitig Themenvorgaben für die „*Circuli minores*“ enthielt, hob Kardinal Martini hervor, die Krise des Bußsakraments lasse sich nicht allein durch eine Erneuerung der Pastoral beheben; die Kirche müsse sich selber als büßende und versöhnte